

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 12: 90 Jahre religiös-soziale Bewegung - 90 Jahre Neue Wege

Artikel: Was bedeutet das Erbe des Religiösen Sozialismus für die Gesellschaft der BRD?
Autor: Peter, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144009>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was bedeutet das Erbe des Religiösen Sozialismus für die Gesellschaft der BRD?

Wie steht es um die religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands in dieser «Nachwendezeit»? Wie gehen sie mit ihrem systemkritischen Erbe um? Hat sich die Reich-Gottes-Botschaft ihr altes Hoffnungspotential bewahrt? Der Theologe und Pädagoge Ulrich Peter, Redaktionsmitglied unserer Schwesterzeitschrift «Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist» (CuS) und Sprecher des «Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands» (BRSD) von 1989 bis 1996, hat uns diese Fragen im folgenden – redaktionell leicht gekürzten – Text beantwortet und zunächst einmal die Geschichte des Religiösen Sozialismus in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg aufgearbeitet, auch Zwielfichtiges aus dieser Zeit nicht ausgeblendet. Erst seit dem 68er Emanzipationsschub, der mit einer bedeutsamen Aneignung der Bibeltheologie von Leonhard Ragaz durch «biblizistisch» geprägte Studentinnen und Studenten einherging, radikalisierten sich die religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (Resos). Dass sie im Vertrauen auf das verheissene Reich Gottes nicht resignieren, sondern am Aufbau eines «fortschrittlichen Blocks» über alle Parteigrenzen hinweg arbeiten, ist ein Hoffnungszeichen, durch das auch wir uns gerne ermutigen lassen.

Red.

Eine Geschichte von Diskontinuitäten

Im Sommer dieses Jahres konnte der «Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands» (BRSD) auf 70 Jahre seines Bestehens zurückblicken. In Berlin durften wir diesen Geburtstag bereits 1989 begehen, da sich hier eine religiös-sozialistische Organisation schon im Frühjahr 1919 gebildet hatte. Ich habe mich gefragt, was denn das «Erbe» sein kann, und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass in der «Erbmasse» sehr unterschiedliche Dinge zu finden sind, wie es auch bei «normalen» Erbfällen häufig vorkommt. Im deutschen Erbrecht ist geregelt, dass die Erbin oder der Erbe die Erbschaft entweder ganz antritt oder gar nicht, was heisst, dass auch die weniger attraktiven Teile mitvererbt werden.

In Deutschland ist die Geschichte unserer Organisation eine Geschichte ihrer Diskontinuitäten, ihrer (Um-)Brüche und ihrer mehrfachen (faktischen) Neugründung. 1919 bis 1926 im Gefolge des Zusammenbruchs der Ehe von kaiserlichem

Thron und evangelischem Altar und der daraus folgenden Linksorientierung kleiner Teile der evangelischen Christenheit entstanden, hatte der Bund auf dem Gipfel der Organisationsentwicklung etwa 12 000 Mitglieder, davon 100 Pfarrer und Theologen. Was für Schweizer Leserinnen und Leser wichtig sein dürfte: Ragaz und seine Ideen hatten im BRSD nur einen *marginalen Einfluss*, die liberale Theologie und selbst die Barth-Schule waren stärker.

Die politische Szene der *Weimarer Republik* war «übersichtlich». Es gab die Arbeiterbewegung, die klar vom Bürgertum getrennt war. Es gab die Freidenkerbewegung als Antagonistin zu den Kirchen, und es gab die religiösen Sozialistinnen und Sozialisten als einzige Linke in den Kirchen. Vor allem aber gab es in den Kirchen eine dominante Rechte, die sich auch als solche verstand und auf jede andersgeartete Regung präventiv einschlug. Der Begriff «Sozialismus» war noch nahezu jungfräulich und stellte kein Schimpfwort dar, wie heute.

Die Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten verloren 1931 ihren Bundesvorsit-

zenden *Erwin Eckert* an die KPD, aber dass ihm so gut wie niemand dorthin folgte, machte seine Isolierung deutlich. Nicht verkürzt werden darf die Kontinuität der BRSD-Arbeit bis 1933 und auch danach in der Illegalität und im antinazistischen Widerstand. Auch die Arbeit gegen den Antisemitismus, gegen den aufkommenden Faschismus und Militarismus – Ruhmesblätter des Weimarer BRSD, stellvertretend für die Gemeinde Jesu Christi – gehören dazu.

Gescheiterte Anläufe im Osten und im Westen Deutschlands nach 1945

Nach 1945 ging es dem BRSD wie Dutzenden anderer Organisationen, die da weitermachen wollten, wo sie 1933 zwangsweise aufhören mussten. Die *deutsche Teilung* liess einen einheitlichen Organisationsaufbau nicht zu, und viele Träger der Arbeit waren im Krieg oder im Widerstand umgekommen oder physisch und psychisch verbraucht. In der russischen Zone lagen die ehemals starken BRSD-Zentren Thüringen, Anhalt und Berlin. Versuche, den BRSD im Osten neu aufzubauen, waren 1947/48 schon weit gediehen, scheiterten aber letztendlich an der Kursänderung der SED, zu der das Gros der BRSD-Funktionäre im Osten zählte. Einige flohen in den Westen, andere wurden unfreiwillig nach Sibirien verbracht. Wieder andere machten ihren Frieden mit dem *SED-Staat* – und Karriere.

Im *Westen* hatten sich die Rahmenbedingungen geändert. Die durch Krieg, Verfolgung und Emigration geschwächte *SPD* hatte einen derartigen Mangel an qualifizierten Kräften, dass sie auf das Potential an erfahrenen religiösen Sozialisten gern zurückgriff. Diese Männer wurden schnell Abgeordnete im Landtag oder im Bundestag, Staatssekretäre, Oberbürgermeister, Parteivorstandsmitglieder, ja sogar Minister. Aber sie wurden nicht BRSD-Gruppenleiter, «Christ und Sozialist»-Redaktoren etc. Im Ergebnis dieser Auszehrung kam der BRSD personell und organisatorisch nicht auf die Füsse.

Dass er überhaupt weiterexistierte, lag einzig an der Person von *Heinrich Schleich*, der 1950 bis 1977 als Präsident den Bund im «Schleich-Tempo» führte. Dieser Bund hatte mit dem Weimarer Vorgänger lediglich den Namen gemeinsam, wenn auch 1979 ein Gericht die Identität beider bestätigte. Schleich kam eher zufällig zum Religiösen Sozialismus. Er war im Liberalismus sozialisiert worden und wahrlich kein Linker. Aber er war fleissig und konnte organisieren, ganz im Gegensatz zu den pazifistischen und ethisch-sozialistischen Kräften im Bund. So kam es dazu, dass der BRSD der SPD gegenüber eine *negative Avantgarderolle* einnahm – er forderte früher als die Partei die Wiederbewaffnung der BRD, vertrat die Akzentuierung der Frontstellung «gegen den Osten» und lobte den Westen über den grünen Klee. Schleich zwang zum Beispiel den Pfarrer Eberhard Lempp zum Rücktritt als württembergischer Landesvorsitzender, da dieser sich als Pazifist exponiert hatte und aus der SPD ausgetreten war.

Alle *progressiven Bewegungen* der BRD nach 1950 gingen *am BRSD vorbei* oder sogar über ihn hinweg. In der evangelischen Kirche gab es die meist barthianisch ausgerichteten Bruderschaften, die den Kampf gegen die Wiederbewaffnung und später die Ostermarschbewegung mittrugen, in den einzelnen Landeskirchen artikulierten sich Oppositionsgruppen, und auch die evangelische Arbeiterseelsorge entwickelte sich nach links. Vom BRSD keine Spur. Es gab nach 1954 zwar mehrere Versuche, Organisationen in der Traditionslinie des Religiösen Sozialismus neben dem BRSD aufzubauen, die aber allesamt nach einigen Jahren scheiterten.

Das Verhältnis zur Partei des «protestantischen Milieus»

Als 1968 die *Studentenbewegung* Deutschland erschütterte und auch in den Kirchen ihre Auswirkung hatte, war der BRSD auf zwei völlig überalterte Rest-Grüppchen in Frankfurt und Kassel geschrumpft, hatte 100 Karteimitglieder, von

denen die Mehrheit seit langem keine Beiträge mehr zahlte, und eine Vierteljahresschrift, die nichtssagend und langweilig war und so rechts, dass es ein Sammelabo der Bundeswehr-Truppenbüchereien gab.

Dass sich die *Linken in den Kirchen*, deren Zahl in den Jahren 1968 bis 1973 phantastisch zugenommen hatte, nicht im BRSD organisieren konnten, liegt auf der Hand. Während damals etwa in den Evangelischen Studentengemeinden (ESG) die Jusos zum äussersten rechten Rand gezählt wurden, hetzte Schleich in CuS gegen diese «Kaputtmacher der SPD» und machte selbst auf Tagungen des internationalen Bundes der religiösen Sozialisten keinen Hehl aus seiner Sympathie für den Militärputsch Pinochets gegen die sozialistische Regierung Allende in Chile 1973. Dies erklärt die paradoxe Situation, dass die grösste Politisierungswelle in den Kirchen und unter den jüngeren Christinnen und Christen 1968 den Bund nicht erreichte.

Auch die SPD hatte sich vom BRSD abgesetzt. Hierfür waren drei Gründe massgeblich. Zum einen war der BRSD so klein geworden, dass er schon von der Stärke her vernachlässigt werden konnte. Zweitens hatten sich die vorwiegend barthianisch ausgerichteten «Kirchlichen Bruderschaften» allmählich auf die SPD zubewegt, und nach dem Scheitern von Gustav Heinemanns Gesamtdeutscher Volkspartei Ende der 50er Jahre setzte ein regelrechter Zustrom von evangelischen Christenmenschen zur SPD ein. In diesem Milieu war das *barthianische Ressentiment* dem Religiösen Sozialismus gegenüber immer noch virulent, so dass die Parteiführung die neuen Genossinnen und Genossen nicht durch die Unterstützung einiger Rest-Resos verprellen wollte. Der dritte Grund wirkt bis heute nach. Während noch in der Weimarer Republik die evangelischen Kirchen die sozialistische Bewegung als Feind betrachteten, hatten sie sich mittlerweile in der Demokratie eingerichtet. Dazu gehörte auch das Gespräch mit SPD und Gewerkschaften. Dieser Modernisierung der Kirchen entsprach die «Modernisierung» der

SPD, die sich 1959 im *Godesberger Programm* ausdrückte. Die Partei verabschiedete sich vom Marxismus und erklärte die Bergpredigt zu einem wichtigen Strang der Begründung sozialdemokratischer Politik. Da zudem die Freidenker nach 1945 nur noch einen Bruchteil ihrer früheren Bedeutung erreichten und in der SPD marginalisiert waren, gab es kaum noch etwas Trennendes zwischen Amts-Kirche und Amts-SPD.

Am *Beispiel Berlins* will ich dies illustrieren. In Berlin war die SPD bis 1933 von den Freidenkern dominiert, und in mindestens zwei Fällen wurden religiöse Sozialisten durch höhere SPD-Gremien von Parlaments-Kandidaturen ausgeschlossen, zu denen sie vorher ihre Basisgliederungen demokratisch nominiert hatten. Einzige Begründung: Als noch nicht aus der Kirche Ausgetretene seien sie unzuverlässig. Dreissig Jahre später, 1961, in der Phase der Annäherung beider Hierarchien, leitete der Berliner SPD-Bezirksvorstand gegen das Mitglied Max Köhler – Widerstandskämpfer und KZ-Häftling – ein Ausschlussverfahren ein, da dieser in der «Stimme des Freidenkers» einen kirchenkritischen Artikel publiziert hatte. Der Vorstand des Landesverbandes Berlin sah in der Veröffentlichung eine schwere Schädigung des Ansehens der SPD und schloss Köhler aus. Kirchenkritik als Parteischädigung?

Politologen beschreiben die SPD der Phase nach 1960 als Partei des «protestantischen Milieus». In der Tat hatte die SPD im Bereich der Evangelischen Kirche die CDU als Meinungsführerin abgelöst. Dass es in unserem Jahrzehnt mit *Jürgen Schmude* einen sozialdemokratischen Präses der evangelischen Bundessynode, mit *Johannes Rau* einen praktizierenden Christen als SPD-Ministerpräsidenten und mit *Wolfgang Huber* einen eingeschriebenen Sozialdemokraten als Berliner Bischof gibt, ist mittlerweile Normalität.

Eine wichtige Rolle bei der Annäherung von SPD und Kirchen spielten die «*Christen in der SPD*», eine lockere Arbeitskreis-Struktur, die in den meisten Partei-Bezirken Ende der 50er Jahre entstand und

an wenigen Orten bis heute existiert. Sie und die evangelischen Akademien waren die Verbindungsglieder zwischen SPD und Kirche.

Neubeginn nach 1968

In dieser Situation, als die klassischen Arbeitsfelder des Weimarer BRSD – als Sammelpunkt kritischer Christinnen und Christen sowie als Linksfraktion und Brückenkopf der Arbeiterbewegung in den Kirchen – arbeitsteilig durch die «Christinnen und Christen für den Sozialismus (CfS)» und die «Christen in der SPD» bereits besetzt waren, erreichte ein *Ausläufer der Studentenbewegung* auch den BRSD.

An den Hochschulen wirkte die Linke auch auf Bereiche ein, die sich selbst als «unpolitisch» definierten. Einer dieser Bereiche war die evangelikale «Studentenmission in Deutschland» (SMD), die sich in dieser Phase als Gegenpol zur «marxistischen» ESG profilierte. An der Uni Bochum, einer Neugründung, gab es noch keine etablierte SMD-Struktur, aber ein eher offenes Projekt, den sog. Kohlenkellerklub, um den Mathematikprofessor *Günter Ewald*. Hier wurden *Ragaz-Schriften* rezipiert – mit dem Ergebnis, dass sich ein Teil dieser SMD-Mitglieder dem BRSD-Rest anschloss.

Was machte *Ragaz* für sie so attraktiv? Hier liess sich *evangelikales Denken mit linkem Gedankengut* zur Deckung bringen. Denn *Ragaz* ist durchaus auch «biblistisch» zu lesen. In seinen Schriften hat die historische Kritik keine direkt sichtbaren Spuren hinterlassen. Wer weiss, wie massiv die Frontstellung der Evangelikalen in der BRD etwa gegen Dorothee Sölle und die «Theologie nach dem Tode Gottes» war, kann ermessen, was es für diese Leute der SMD bedeutet hat, eine Bibeltheologie zu entdecken, die es ihnen gestattete, «bibeltreu» und sozialistisch zugleich zu sein. Was *Ragaz* für Menschen aus dem Pietismus besonders glaubwürdig machte, war auch sein persönliches Zeugnis, und die Motive seines Eintrittes in die SP wurden unhistorisch aus der Schweiz vor dem

Ersten Weltkrieg auf die BRD der Studentenbewegung übertragen.

Parallel dazu entwickelte sich ebenfalls in Nordrhein-Westfalen ein anderer Kreis, der in Forschung und Lehre mit dem Religiösen Sozialismus der Weimarer Republik in Kontakt gekommen war und vor allem die ökonomie-theoretischen Konzepte *Eduard Heimanns* rezipierte, die einen «Dritten Weg» zwischen Markt- und Planwirtschaft eröffneten. Dieser Kreis, der sich politisch am Reformflügel der Sozialdemokratie orientierte, und für den Namen wie *Siegfried Katterle*, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, und *Reinhard Gaede*, Pfarrer und langjähriger Redaktor von «Christ und Sozialist» stehen, hat den BRSD von 1977 bis 1989 getragen.

1977 übernahmen die beiden Gruppen den BRSD durch einen Putsch, da Schleich jede Reform verhindern wollte. Nachdem die juristische Schlacht geschlagen war, ging es an den *Organisationsaufbau*. Bei 40 zahlenden Mitgliedern und einer nur unwesentlich höheren Zahl von Abonnements war dies auch bitter nötig. Durch eine Reihe von Tagungen und eine intensive Pressearbeit – es gab kaum eine sozialdemokratische oder kirchliche Publikation, in der Günter Ewald, der damalige BRSD-Vorsitzende, nicht zu Wort kam – wuchs die Mitgliederzahl, erreichte aber zu keiner Zeit mehr als 200 zahlende Personen.

Vor allem aber musste der BRSD sich im *Feld der politischen wie kirchlichen Linken* behaupten. Klassischerweise wurde an die Scharnierfunktion innerhalb der SPD angeknüpft. Die damaligen Bundesakten über Kontakte mit prominenten Sozialdemokraten sind ein Fundus für Autographensammler. Es gab offensichtlich auch Bestrebungen, den BRSD zur «SPD-Christenabteilung» zu machen, etwa nach schwedischem Vorbild. Dies stiess auf verständlichen Widerstand der «Christen in der SPD» und ihrer hauptamtlichen Sekretäre im Apparat. Diese Phase belastet das Verhältnis bis heute.

Gegenüber der christlichen Linken ausserhalb der SPD hatte der BRSD eher

Berührungängste. So schrieb *Marie Veit*, gerade 75 Jahre gewordene CfS-Veteranin, rückblickend auf den Berliner Kirchentag 1977 über ihre Erfahrungen mit dem BRSD: «Übrigens wollten bei jenem Berliner Kirchentag die Resos, die ihren Stand neben uns hatten, noch nicht viel von uns wissen. Wir waren ihnen zu «marxistisch».»

Konservative Verhärtung der 80er Jahre

Bereits Anfang der 80er Jahre hatte der BRSD seinen Höhepunkt überschritten. Das Reformklima war zu Ende und wurde durch eine Atmosphäre der Gesinnungsschnüffelei und der Berufsverbote abgelöst. Auch in den Kirchen griff die Roll-Back-Strategie durch. War vorher in jeder beliebigen Uni ein Aushang am schwarzen Brett «CfS-» oder «BRSD-Gruppe trifft sich» ausreichend, um einen Raum zu füllen, reichten jetzt nicht einmal mehrere hundert Flugblätter, um ein paar wenige zu mobilisieren.

Mit dem Umschlagen der Reform-Entwicklung in die konservative Verhärtung durch die Schmidt-Regierung und die Regierungen Kohl geriet die Linke in die völlige Defensive. Die zunehmende Rechtsentwicklung der SPD und die Gründung der *Grünen* markieren diese Phase. Die linken Organisationen waren demoralisiert oder verschwanden, andere lösten sich in die Grünen auf.

Die *Friedensbewegung* seit 1981 brachte einen kurzfristigen Aufschwung, endete aber mit einer unverarbeiteten Niederlage. Mit dem Abflauen der Bewegungen veränderten sich auch CfS und BRSD. CfS waren für ihre grosse Fluktuation bekannt – was durch den kontinuierlichen Zustrom aus den Bewegungen lange kompensiert werden konnte. (Man sprach in CfS immer von sich als «Durchlauferhitzer».) Beim Nachlassen dieses Zustroms wurden CfS kontinuierlich kleiner und Fragen nach der Kontinuität aktueller.

Der BRSD veränderte sich seit 1984/85 durch neue Gruppen, vor allem im Ruhrgebiet, in Tübingen und in Berlin. Während im Ruhrgebiet *katholische Sozialistinnen*

und Sozialisten (darunter ein Arbeiterpriester) zum BRSD stiessen und ihn mit ihrer Praxis als Basisgemeinde stimulierten, waren es in Berlin und Tübingen zum Teil ehemalige CfS-Mitglieder, von denen neue Initiativen ausgingen. Diese Impulse führten 1986 zu einer *gemeinsamen Tagung mit CfS*, der Entwicklung eines gemeinsamen Nicaragua-Projektes und einem offensiveren Auftreten des BRSD in der kirchlichen Öffentlichkeit. 1989 beim evangelischen Kirchentag und 1990 beim Katholikentag, jeweils in Berlin, zeigte der BRSD, wie sehr er sich verändert hatte. Ein dreitägiges «*Lehrhaus Reich Gottes und Sozialismus*» mit neun Einzelveranstaltungen und rund 5000 Besucherinnen und Besuchern 1989 sowie ein eintägiges Lehrhaus 1990 mit fast 1000 Teilnehmenden waren wichtige Marksteine dieser Entwicklung.

Die Zäsur von 1989

Auf der Bundestagung im Oktober 1989 gab es eine Zäsur. Während um uns herum die Ereignisse sich überschlugen und die Mauer sich öffnete, fingen wir an, den Bund finanziell zu sanieren, um überhaupt wieder handlungsfähig zu werden. In den Folgejahren versuchten wir, den BRSD im Feld der kirchlichen Linken zu verorten und zu profilieren. 1991 machten wir CfS das Angebot, eine engere Zusammenarbeit mit dem «Ziel der Fusion» anzusteuern. Als Ergebnis müssen wir leider konstatieren, dass dieser Versuch, die schwachen Kräfte der christlichen Linken nach dem *Schweizer Beispiel* zu bündeln und den *Luxus von drei Kleinstgruppen* mit jeweils eigener Publikation zu beenden, gescheitert ist.

Mit der in der Wendezeit der DDR entstandenen «*Initiative Christliche Linke*» (ICL) gab es eine andere Entwicklung. Ende 1991 machte uns die ICL das Angebot, mit ihr in einen Fusionsprozess zu treten. Dieser Prozess gestaltet sich aufgrund der unterschiedlichen Traditionen und Biographien langwieriger, als wir gedacht hatten. Ob und wann diese neue, gesamtdeutsche Organisation entsteht, wissen wir derzeit nicht.

Es gibt bei uns Mitglieder der *SPD*, der *Grünen* und anderer *linker Organisationen*, wie auch viele, die keiner Partei angehören. Die Parteizugehörigkeit spielt bei uns keine Rolle. Wir finanzieren unsere Arbeit zu 100 Prozent selbst durch Beiträge, Spenden und Materialverkauf. Wir erhalten kein Geld von den Kirchen, dem Staat oder politischen Organisationen. Ebenso wird alle unsere Arbeit unbezahlt geleistet. Diese Unabhängigkeit ist uns wichtig, denn wenn wir auch nur wenige Mitglieder haben, sind wir aktiver als grössere Organisationen, in denen nur die Hauptamtlichen arbeiten.

Wir haben uns auf einem quantitativ niedrigeren Niveau als 1988 stabilisiert, aber wir haben eine andere Qualität erreicht. Wir haben keine Probleme mehr, die Funktionen in der Redaktion der Bundeszeitschrift (die lange aufgrund von Personalmangel ein Ein-Mann-Unternehmen war) und im Vorstand zu besetzen und nationale Projekte wie die Beteiligung an Kirchentagen zu organisieren. Unsere Mitgliedschaft hat sich umgeschichtet, inaktive Mitglieder sind ausgetreten, gerade der Zusammenbruch des «realen Sozialismus» war für einige der letzte Grund. Dafür haben wir uns sehr verjüngt und der Anteil von Nichttheologen und -theologinnen steigt. 50 Prozent unserer jetzigen Mitglieder sind zwischen 1988 und 1994 eingetreten. Auf der Frühjahrstagung 1996 haben wir nach zweijähriger Vorbereitung ein *neues Programm* beschlossen, nachdem die Leitsätze von 1977 fast 20 Jahre unverändert geblieben waren. Der Weg zu einer solidarischen Gesellschaft ist lang.

Die Hoffnung, dass Gott mit dieser Welt mehr im Sinn hat als Marktwirtschaft

Was bedeutet heute das Erbe der religiös-sozialistischen Bewegung für diese Gesellschaft? Seit 1989 hat sich die Mehrzahl der linken Gruppen ausserhalb und innerhalb der Kirchen aufgelöst, und fast alle ihre Zeitschriften wurden eingestellt. Unsere Entwicklung verlief insofern völlig *antizyklisch*. Allerdings erleben wir

tagtäglich, wie klein unser Umfeld geworden ist, nachdem die kirchliche Linke fast flächendeckend verschwunden ist. Mit dem Arbeitsaufwand, den es allein zu unserer Bestandssicherung braucht, hätten wir vor 20 Jahren eine Massenorganisation etablieren können.

Auch die «Christen in der SPD» sind heute sehr klein. Aufgrund der Anpassung der SPD-Politik an die CDU/CSU, vor allem in der Asylfrage und in der Sozialpolitik, sind viele Christinnen und Christen ausgetreten. Mittlerweile haben die *Grünen* in vielen kirchlichen Bereichen die SPD als Hoffnungsträger abgelöst. In diesem Kontext wird auch der Niedergang der «Christen in der SPD» nachvollziehbar.

Das klassische Konzept des Religiösen Sozialismus hat sich überlebt. Es gibt, abgesehen von Kleingruppen, keine sozialistischen, auf Systemüberwindung orientierte Kräfte mehr. Von einer Arbeiterbewegung als aktueller Trägerin sozialistischer Bestrebungen kann überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Es mutet skurril an, dass der DGB sich gerade mit einem neuen Grundsatzprogramm von der Perspektive der Abschaffung des Kapitalismus verabschiedet, während der Präses der rheinischen evangelischen Kirche Beier keinen öffentlichen Auftritt ohne Bekenntnis zum Sozialismus verstreichen lässt. Aber dies zeigt, dass offensichtlich in der *Reich-Gottes-Botschaft* mehr Substanz steckt, als in dem Karl-Marx-Verschnitt der deutschen sozialistischen Bewegung. Dieser ist in ihrer grossen Mehrheit nach dem Scheitern des «realen Sozialismus» und der Heilsgewissheit des zwangsläufigen Systemwandels jede Hoffnung abhanden gekommen.

Wie steht es mit der Hoffnung der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten? Hoffnung, ja Glaubensgewissheit, dass Gott mit dieser Welt mehr im Sinn hat als Marktwirtschaft und dass Jesus Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für alle Menschen, trägt uns. Die Christinnen und Christen also als letztes Aufgebot des Sozialismus? Nein – sondern als Teil einer neuen politischen Formation, die sich allmählich in der BRD herausbildet.

Wir sehen für die Zukunft die Notwendigkeit eines *fortschrittlichen Blocks* über die Parteigrenzen hinweg. Dieser fortschrittliche Block konstituierte sich aus einer ökologisch neuorientierten Arbeiterbewegung, den sozialen Bewegungen und den progressiven Teilen der Kirchen. Hier für ökologische und sozialistische Positionen mitzuwirken, ist Hauptziel unserer Arbeit.

Wir glauben, dass in der BRD eine Organisation religiöser Sozialistinnen und Sozialisten notwendig ist. Den biblischen Auftrag der Kirche, wie er uns in der Bergpredigt entgegentritt, vergleichen wir mit dem *Erscheinungsbild der Kirche* in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Wir möchten zu ihrer notwendigen Erneuerung und Umkehr beitragen. Noch immer stehen viele Christinnen und Christen gesellschaftlichen Systemen und Parteien nahe, die unter Berufung auf vorgeblich christliche Werte soziale und ethnische Ungleichheit, ja politische Unterdrückung befürworten oder unter Hinweis auf äussere Feinde (früher der Weltkommunismus, heute der Islam, morgen?) eine Politik der militärischen Stärke sowie der wirtschaftlichen und politischen Abschottung in der «Festung Europa» betreiben.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, in den Kirchen die Interessen der *Unterprivilegierten* bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die *Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft* zu arbeiten. Wir solidarisieren uns mit allen Bestrebungen, die bisherige Rolle der Kirche im Kapitalismus zu überdenken und diese von einer Volkskirche zu einer Kirche des Volkes weiterzuentwickeln.

Sozialist oder Sozialistin zu sein, ist wieder ein Risiko

Es ist immer wieder erstaunlich, dass ein so winziger Keim wie der BRSD sich hält und lebt, während um uns herum Organisationen zerbrechen oder sich allmählich auflösen und verschwinden. Es scheint doch eine *Basis* zu geben, die uns trägt und ge-

gen den *Aussendruck* stabilisiert. Ich erlebe jeden Tag, wie sich die Wendezeit in Köpfen und Herzen von Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und bisherigen Mitstreitern niederschlägt. Da werden Abonnements gekündigt, weil der Sozialismus sowieso gescheitert sei, und andere, die vorher der DDR eher unkritisch gegenüberstanden, verfallen ins völlige Renegamentum. Heute in Kirche und Gesellschaft Sozialist oder Sozialistin zu sein, ist wieder ein Risiko.

Müssen wir das bedauern? Wir sind immer stolz auf unsere Gründungsväter *Blumhardt* und *Ragaz* gewesen: Haben wir vergessen, dass beide «Gottes Anspruch auf unser ganzes Leben» (Barmen) realisierten, aber dabei ihre bürgerliche Existenzgrundlage verloren? Wie klein sind dagegen die Ressentiments und die Anfeindungen unserer Umwelt! Von *Blumhardt* können wir lernen, dass die Hoffnung auf Gottes Reich uns stärkt und trägt. Diese Stärkung wünsche ich uns allen und die Gewissheit, dass die Siege dieser Welt nur vorläufige Siege sind. *Christoph Blumhardt* hat am 25. August 1912 in Bad Boll über Markus 7,31–37 gepredigt. Aus diesem Text, der im 4. Band seiner Predigten abgedruckt ist, möchte ich zum Abschluss eine mir wichtige Passage zitieren:

«Es besteht ein Unterschied zwischen dem Glauben, der einfach nur so Gott annimmt und, wie man sagt, gottgläubig ist, und dem Glauben, der wirklich etwas erwartet. Und ich möchte euch heute recht ermuntern: Erwartet doch etwas! Jeder Blutstropfen meines Glaubens in mir ist die grosse Erwartung auf ein mächtiges Hephata» (öffne dich – tu dich auf).»

